

Gemeinwohlfasse Ulm

Wie die „Bank“ des „Königreichs Deutschland“ um Kunden buhlt

swp.de Wie die „Bank“ des „Königreichs Deutschland“ um Kunden buhlt, hat die SÜDWEST PRESSE recherchiert. Auch die Staatsanwaltschaft prüft das Geschäftsgebaren. Auch der Vermieter reagiert.

08. September 2020, 17:07 Uhr · Ulm
 Von Von Ulrike Schleicher und Christoph Mayer



Wirft garantiert keine Zinsen ab und ist nur Mitgliedern des „Königreichs Deutschland“ vorbehalten: das Sparbuch der „Gemeinwohlfasse“ in der Neuen Straße.
 © Foto: Volkmar Könneke

Die Coronamaske ist überflüssig: **Mario Garro**, ein großer Mann mit Bürstenschnitt, winkt gleich ab, als die Frau den Raum der „Gemeinwohlfasse“ betritt und einen Mundschutz aufsetzen will. „Viren existieren nicht“, sagt er bestimmt und kommt hinterm Schreibtisch vor zum Schaufenster, in dem zahlreiche Flyer liegen: Informationen über eine Krankenkasse, die den Fokus auf **alternative Heilpraktiken** richtet. Oder ein Faltblatt zu einer Rentenversicherung, in dem zu lesen ist, dass deren **Mitglieder** im Alter mietfreie Unterkunft, Bio-Lebensmittel und Pflegepersonal bekommen.

Drei Hektar großes Königreich

In den Genuss all dieser Angebote kommt allerdings nur, wer Mitglied im „Königreich Deutschland“ wird. Das ist auch Voraussetzung für die Eröffnung eines **Kontos** bei der „Gemeinwohlfasse“ – einer „Bank“, die vergangene Woche in den Räumen eines ehemaligen Friseursalons in der Neuen Straße eröffnet hat. Außer Garro war **Peter Fitzek** anwesend, selbsternannter „König von Deutschland“ mit einem drei Hektar großen „Königreich“ in Wittenberg und kein Unbekannter beim Verfassungsschutz: Fitzek wird dem Umfeld der so genannten Reichsbürger zugeordnet (wir berichteten).



Reichsbürger Ulm

swp.de Gemeinwohlfasse: „König von Deutschland“ eröffnet Bankfiliale in Ulm
 ULM

Deutschland soll Monarchie werden

„Mit denen haben wir nichts zu tun“, wehrt Garro im Kundengespräch entschieden ab. Zwar wolle man die aktuelle **Gesellschaftsstruktur** in Deutschland in eine Art demokratische Monarchie umwandeln und bereite diesen Wandel seit Jahren vor. Aber im Gegensatz zu den Reichsbürgern „verneinen wir den aktuellen Staat nicht“. Ausführliche Informationen zur künftigen **Verfassung** und den Zielen finde man in Fitzeks Buch „Endzeit – Geburtswehen eines neuen Zeitalters“, sagt Garro.

Für den Aufbau brauche das „Königreich Deutschland“ jedoch Geld. Insofern seien die Spenden der derzeit deutschlandweit insgesamt **1600 Untertanen** willkommen, wie Garro sagt. Aber auch eine Bank sei sinnvoll. Denn wer bei der Gemeinwohlfasse ein Sparkonto eröffne, finanziere automatisch „die staatseigene Infrastruktur des Königreichs wie die Renten- und Krankenversicherung mit“, erklärt der Günzburger, der nach eigenen Angaben **15 Jahre lang Berater** in einer mittelständischen Bank war und nicht mehr aushielt, „wie ungerecht das Finanzsystem ist“.

Zinsen als Wurzeln allen Übels

Deshalb gebe es keine Zinsen bei der Gemeinwohlfasse. Die seien die Wurzel allen Übels, sagt Garro: „Wer viel Geld hat, bekommt noch mehr.“ Das sei der Beginn der **Ungerechtigkeit**. Außerdem: Bei der Gemeinwohlfasse sei klar, für welche Zwecke das Geld verwendet werde. „Später werden das beispielsweise Kindergärten, Schulen, Heilzentren ohne chemische Stoffe, natürliches Wohnen und ökologischer Strom sein.“

Ziele, die unterstützenswert seien, findet Garro. Er selbst habe über längere Zeit 50 Euro im Monat gespendet und arbeite jetzt ohne Gehalt. Und wie bezahlt er Miete und Lebensunterhalt? „Ich habe das **Glück gehabt**, in den vergangenen 15 Jahren bei der Bank gute Entscheidungen getroffen zu haben“, sagt er lächelnd, ohne konkret zu werden, wie er das „ungerechte System“ zu seinen Gunsten nutzte.



Corona Impfstoff aus Illertissen

swp.de R-Pharm: Für Unternehmen und Mitarbeiter bedeutet die Produktion einen gravierenden Wandel
 ILLERTISSEN

Also keine Zinsen – aber was, wenn man sein Geld zurück haben möchte? „Sie bekommen es in jedem Fall zurück“, versichert er. Das stehe im **Sparbuch-Vertrag**. Unter Umständen aber nicht sofort, fügt er dann hinzu. „**Man muss warten, bis die Bank flüssig ist.**“ Das Geld werde ja investiert. Garro steht auf, draußen wartet ein Mann mittleren Alters, der Interesse an einem Kundengespräch hat. Generell mangle es bislang nicht an Interessenten, sagt er erfreut. Binnen einer Woche habe er fünf neue Mitglieder für das „Königreich“ gewonnen. In Ulm gebe es mittlerweile 15 Untertanen.

Im Visier der Staatsanwaltschaft

Interesse für die „Gemeinwohlfasse“ hegt auch die Ulmer Staatsanwaltschaft. Staatsanwalt **Michael Bischofberger** teilt auf Anfrage mit, die Behörde habe „einen Prüfvorgang eingeleitet“. Die für **Wirtschaftsdelikte** zuständige Abteilung untersuche, ob ein strafrechtlich relevanter Anfangsverdacht vorliege, sprich: ob die Gemeinwohlfasse mit ihrem Geschäftsgebaren gegen Auflagen der Bankenaufsicht verstoße oder ob andere Straftatbestände erfüllt würden. Als Beispiel nennt er so genannte **Schneeballsysteme**, bei denen Kunden um ihr Geld gebracht werden, indem ihnen Gewinne vorgegaukelt würden, die es in Wirklichkeit gar nicht gebe.

Es gilt die Unschuldsumsetzung

Bischofberger betont, dass dies keine Ermittlungen seien. Für die „Bank“ beziehungsweise ihre Akteure gelte bis auf Weiteres die Unschuldsumsetzung. Zumal keine Anzeige vorliege. Man werde daher auch nicht von selbst aktiv, etwa indem man **verdeckte Ermittler** schicke. Dies werde erst dann möglich, „wenn jemand einen auf Tatsachen basierenden Verdacht formuliert“.

Ähnlich äußert sich Bürgerdienste-Chef **Roland Häußler**. Man sei erst am Tag der Eröffnung von der Polizei informiert worden, dass Aktivisten des „Königreichs Deutschland“ in Ulm eine Art Bank eröffnen. Das städtische Ordnungsamt habe bisher keine Veranlassung, selbst aktiv zu werden. Man habe sich aber an die **Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht** (BaFin) gewandt, „mit der Bitte, die Angelegenheit einmal zu prüfen“, wie Häußler sagt. Eine Antwort stehe noch aus.

Vermieter will kündigen

Das Mietverhältnis dürfte auf absehbare Zeit ohnehin beendet werden. Wie die SÜDWEST PRESSE aus anonym bleiben wollenden Vermieterkreisen erfuhr, ist der Mietvertrag unter anderen Voraussetzungen zustande gekommen. „Wir haben erst aus der Zeitung erfahren, wer sich da eigentlich eingemietet hat.“ Der Mieter sei von einem offenbar ebenso arglosen **Maklerbüro vorgeschlagen** worden. Es handele sich um ein Versicherungsbüro, habe es geheißsen. „Einen Bezug zum Königreich Deutschland gab es nicht.“

KREIS HALL
Reichsbürger im Kreis Schwäbisch Hall Störenfriede halten Behörden auf Trab

ULM
Reichsbürger Ulm Gemeinwohlfasse: „König von Deutschland“ eröffnet Bankfiliale in Ulm

Zwar habe man bis dato keinerlei Handhabe, den Mietvertrag vorzeitig zu kündigen, heißt es. „Aber zum Glück ist die **reguläre Laufzeit absehbar.**“ Zur nächstmöglichen Frist werde der Vertrag beendet, voraussichtlich zum Ende des Jahres.

Köln macht Reichsbürger-Restaurant dicht

Restaurant im Kölner Stadtteil Holweide hat das Ordnungsamt vor sechs Wochen die Gaststätte einer mutmaßlichen Reichsbürgerin geschlossen. Wie mehrere Kölner Medien übereinstimmend berichteten, hatte die Besitzerin auf der Internetseite ihres Restaurants geschrieben, dass sie und ihre Gaststätte zum sogenannten „Königreich Deutschland“ gehörten. Wörtlich hatte es geheißsen: „Wir weisen (die Gäste, Anm. d. Red.) darauf hin, dass Sie für die Dauer der Geschäftsbeziehung ... eine temporäre Zugehörigkeit zum Königreich Deutschland (KRD) besitzen. Sie nutzen damit die Verfassung, die Gesetze und die Gerichtsbarkeit des KRD, die Sie bei rechtlichen Streitigkeiten erstrangig zu wählen haben.“

Verdacht Laut Kölner Stadtverwaltung bestehe der Verdacht, dass das Gewerbe nicht ordnungsgemäß angemeldet gewesen sei und die Wirtin keine Konzession hatte, berichteten „Express“ und „Radio Köln“.